rote garde★

Die Zeitschrift der revolutionären jugend

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

Um nicht verhungern zu müssen, erfand der große Magier den

Politikersteuer-Zaubertrick

Als die ÖVP den Bundeskanzler Kreisky als „Schieber" bezeichnete, da schrie die SPÖ zutiefst gekränkt auf und drohte mit Ehrenbeleidigungsklagen. In einer 7stündigen Fernseh-Monster-Show fletschten daraufhin die Abgeordneten beider Parteien die Zähne, knurrten, sträubten die Nackenhaare und benahmen sich auch sonst wie Dick und Doof. Schon das allein hätte für Heiterkeit gesorgt. Daß aber ausgerechnet die ÖVP, die Partei eines Krauland, eines Polcar, eines Müllner, lauthals nach Redlichkeit und Ehrbarkeit rief, das schlug, wie die Witzbolde so schön sagen, dem Faß die Krone ins Gesicht. Den Schritt vom Lächerlichen ins Tragikomische schaffte dann allerdings die SPÖ, die auf ihre Lauterkeit pochte – und ganz darauf vergaß, daß ja auch Kreiskys Ministerkollege Olah kein Waisenknabe war!

Ob und wieviel nun bei den Bauaufträgen der Regierung geschoben wird, das können wir nicht sagen. Eines aber bewies der Doktor Kreisky schon 24 Stunden nach der Fernseh-Show: Daß ein Bundeskanzler eigentlich gar keine krummen Sachen nötig hat, weil er sich auch durchaus bürgerlich-legal die Taschen füllen kann. Er, der große Magier im Parlamentszirkus, zauberte nämlich ein besonders fettes Karnickel aus seinem Zylinder: die Politikersteuer. Womit Kreisky wieder einmal bewies, wie er den „Wählerwillen" für seine Zwecke zurechtzubiegen weiß. Denn die Wähler hatten ja gefordert, daß ein Politiker genauso wie ein Arbeiter steuerlich zur Ader gelassen wird. Nun hat der Magier also die Politiker besteuert, aber so, daß ein Abgeordneter monatlich mindestens 9 (und der Bundeskanzler selber sogar 25!) blanke Tausender mehr auf die Hand bekommt als bisher. Eine solche Besteuerung, Herr Kreisky, würden wir Arbeiter uns auch ganz gern gefallen lassen.

Und die Abgeordneten, die tags zuvor noch wie Hund und Katze gerauft hatten, klatschten dem Zaubertrick einträchtig Beifall. Nur ein Abgeordneter (ein einziger von 183) erklärte, er schäme sich für diesen Steuertrick. Was ihn aber nicht daran hinderte, seine zarte Scham gleich darauf zu entwerten, indem er 1. dann doch **für** die höheren Bezüge stimmte und 2. in einem Interview zugeben mußte, daß er den ungewünschten Mehrbetrag nicht etwa für wohltätige Zwecke, sondern ganz profan privat verwenden wolle. Wozu dann die großen Worte, Herr Abgeordneter? Schämen Sie sich nur weiterhin, Sie haben Grund genug dazu.

Einer, der sich nicht schämt, ist der Kreisky – weshalb denn auch, etwa wegen der lumpigen paar Tausender? Ohne schamrot zu werden, rechtfertigte er seinen Taschenspielertrick damit, daß ein Berufspolitiker ja sooviel zu tun habe, daß sogar das Familienleben darunter leide, daß überdies die Verantwortung eine schwere Bürde sei und daß die ungeheuren Spesen den ganzen Verdienst sozusagen auffräßen.

Herr Bundeskanzler, Ihre ergreifende Schilderung treibt uns die Tränen in die Augen. Wir sind so gerührt, daß wir gar nicht mehr darüber reden wollen, daß auch ein aufs Überstundenschinden angewiesener Arbeiter so viel zu tun hat, daß sein Familienleben darunter leidet, und daß ihm überdies die maßlose Teuerung seinen Lohn wegfrißt. Nur eine Frage sei uns noch gestattet: Wenn's ein Abgeordneter wirklich so schwer hat und wenn er wirklich so wenig dafür gezahlt kriegt, wie Sie sagen, warum drängen sich dann Sie und Ihre Parteigenossen sosehr zur parlamentarischen Futterkrippe, warum gibt's dann vor jeder Wahl ein erbittertes internes Gerangel um die sicheren Listenplätze?

Wenn ein österreichischer Berufspolitiker, verehrter Herr Bundeskanzler, sich wirklich sein Brot so hart verdienen muß, dann sollten Sie aber schleunigst den ganzen parlamentarischen Krempl hinschmeißen und – was Ihnen dank Ihrer verwandtschaftlichen Beziehungen sicher ein leichtes wäre – leitender Angestellter einer Konservenfabrik werden. Damit Sie nicht eines Tages als unterbezahlter Regierungschef Hunger leiden müssen. ●

rote garde★

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Nr. 32 · Juli 1972

Freiheitskampf in Südvietnam

Die „nordvietnamesische Aggression" sei gestoppt, frohlocken die bürgerlichen Massenmedien — und „vergessen" ganz darauf, daß Van Thieu, der Statthalter Nixons, nicht nur gegen Nord-, sondern auch gegen Südvietnamesen kämpft. Weite Teile des Hinterlandes werden nicht mehr von Van Thieu, sondern bereits vom bewaffneten südvietnamesischen Volk beherrscht. *(Siehe unseren Bericht auf Seite 2.)*

Der Freiheitskampf in Südvietnam

Nach mehreren Monaten heftiger Angriffe und Erhebungen haben die Streitkräfte und die Bevölkerung Südvietnams der amerikanischen Politik der Vietnamisierung vernichtende Schläge versetzt. Der strategische Plan der Amerikaner, den Krieg weit von den neuralgischen Gebieten Südvietnams fernzuhalten, ist gescheitert. Die Provinz Quang Tri, die nördlichste Provinz Südvietnams mit 300.000 Einwohnern, wurde von den vietnamesischen Streitkräften befreit und die anderen Gebiete wurden erweitert und konsolidiert. Im Mekong-Delta wurde in weiten Gebieten die Volksmacht errichtet und der Unterdrückungsapparat zerschlagen. Die amerikanischen und die Marionettentruppen befinden sich nun in totaler Passivität und ihre äußere Verteidigungslinie in Quang Tri und Binh Long sowie Tay Ninh (Provinzen an der Grenze Kambodschas) wurde durchbrochen. Die innere Verteidungungslinie um Saigon und Hue und die Marionettenverwaltung sind schwer ins Wanken geraten. Von den dreizehn Divisionen der regulären Saigoner Armee sind sieben stark angeschlagen, in den Stützpunkten der Marionettentruppen kam es, trotz maximalen Feuerschutzes der B-52, zu Fällen kollektiver Befehlsverweigerung. So meuterten in der Provinz Quang Da mehrere Einheiten der Saigoner Armee, töteten dabei drei amerikanische Berater, einen Oberstleutnant, drei Leutnants der Marionettentruppen und vernichteten ein Munitionslager. Vier Kompanien und zehn Züge der Saigoner Armee in Quang Nam desertierten innerhalb eines Monats. In der Provinz Quang Ngeh liefen 430 Soldaten



einer Garnison auf die Seite des Volkes über.

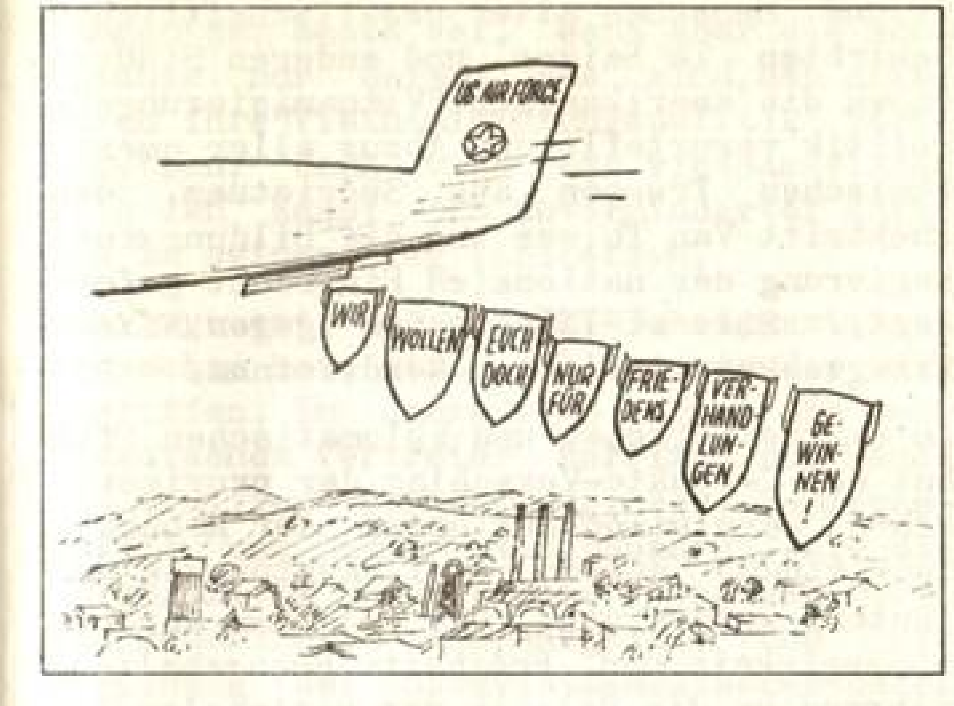
Die Saigoner Zivilgarde und Miliz, die das Hauptinstrument zur Niederhaltung der Bevölkerung in den "befriedeten" Gebieten darstellt, ist angeschlagen worden. Die Kräfte der Miliz und Zivilgarde wurden zu einer Gefahr für die Saigoner Marionetten, da sich viele ihrer Einheiten aufgelöst oder erhoben haben, um an der Seite des Volkes zu kämpfen. Die Bewohner der Städte kämpfen ununterbrochen und fordern den Rücktritt Van Thieus und die Beendigung des amerikanischen Aggressionskrieges.

Angesichts der machtvollen Offensive der Befreiungsstreitkräfte leisten die Amerikaner und Marionetten Widerstand, indem sie sich verschanzen und ihre Truppen konzentrieren. Sie stützen sich vor allem auf die Luftunterstützung und sehen darin die einzige Hoffnung für den Erfolg der Politik der "Vietnamisierung". Jedoch war die massive amerikanische Luftunterstützung nicht im Stande, die Vernichtung einer großen Zahl von Marionettensoldaten bei Dong Ha, Quang Tri, Lac Ninh, Tan Kanh und Dac To zu verhindern. Die Formel der "Vietnamisierung" des Krieges, "Marionettensoldaten und amerikanische Feuerkraft", hat sich als unwirksam erwiesen. Die Befreiungskräfte sind jetzt in der Lage, feindliche Truppen von Regiments- bis Divisionsstärke zu vernichten. Zwischen der regulären Armee, den Partisanen und der Bevölkerung wurde eine harmonische Koordinierung geschaffen. Die bewaffneten Volksbefreiungskräfte vergrößerten ihre Angriffsbasen, festigten ihre Position der allgemeinen Offensive und behielten die Initiative. Die Mittel des Feindes, seine Verluste aufzufüllen, werden immer geringer. UPI gestand am 26.4., einen Monat nach Beginn der Offensive, ein: "Das Problem, das am meisten Sorgen macht, besteht darin, daß die Saigoner Armee nicht mehr die Kraft hat, sich zu erholen". Jedoch sind die Saigoner Truppen noch zahlreich und werden von der amerikanischen Luftwaffe und Marine stark unterstützt. Aber ihr Kampfgeist sinkt mit jedem Tag mehr und die Soldaten und Offiziere der Marionettenarmee haben ihr Vertrauen zur Politik "der Vietnamisierung" verloren. Zur Erhaltung der Kräfte der Marionettenarmee haben die USA die Methode angewandt, daß sie dort, wo die Marionettenarmee keinen Widerstand leisten kann, den Befehl zur Flucht erteilen, um später die Möglichkeit zu finden, die Kräfte an einer rückwärtigen Position wieder zu sammeln. Aber in Südvietnam, wo ein dichtes und ausgedehntes Netz des Partisanenkrieges besteht, ist auch diese Methode zum Scheitern verurteilt. Um die Truppenstärke der Marionettenarmee aufzufüllen, nehmen die Amerikaner Angehörige der Miliz als Ergänzung für die reguläre Armee. Diese Maßnahme aber verschärft nur die Desorganisation innerhalb der Saigoner Armee und schwächt den Zwangsapparat der Amerikaner auf dem Lande.

Durch Zwangsrekrutierungen verliert die Marionettenarmee schnell an Kampfkraft. Die Soldaten sind nicht genügend ausgebildet und die Saigoner Armee ist ungenügend organisiert. Das rasche Anwachsen des Volkskrieges in vielen Gegenden fügte dem Zwangsapparat der Amerikaner heftigste Schläge zu. Die Bevölkerung Südvietnams, die sich in weiten Gebieten erhoben hat, stellt eine grenzenlose Reserve für den revolutionären Krieg dar. Als Oberbefehlshaber der stärksten imperialistischen Armee kann Nixon die Stärke der revolutionären Kräfte in Südvietnam nicht richtig einschätzen. Er analysiert seinen Gegner, indem er nur das Einzelne und nicht das Ganze sieht. Die militärische Stärke der Volksbefreiungskräfte sieht er nur an leblosen Zahlen, und er erkennt nicht die potentiellen Kräfte eines Volkes, das zutiefst seine Unabhängigkeit und Freiheit liebt und seine schöpferischen Initiativen in einem mehr als zehnjährigen Befreiungskrieg gezeigt hat. Die Offensive der südvietnamesischen bewaffneten Volksbefreiungskräfte stürzte die Amerikaner und Saigoner in totale Passivität und schuf die günstige Bedingung für die verstärkte Offensive des Volkes in Südvietnam.



„Hallo, Mister Präsident, wir haben wieder draufgezahlt. Welches Land sollen wir zur Vergeltung bombardieren?"



Kommunique des Rates der Provisorischen Revolutions-Regierung der Republik Südvietnam vom 8. Juli 1972

Der Rat der Provisorischen Revolutionsregierung untersuchte die Entwicklung der gesamten Lage seit seiner Sitzung zu Beginn dieses Jahres, besonders seit dem Beginn der Offensiven und Aufstände in ganz Südvietnam. Das Kommunique stellt fest: Seit Beginn dieses Jahres haben die Armee und die Bevölkerung Südvietnams, indem sie Mut und Heroismus zeigten und den siegreichen Vormarsch mit fester Entschlossenheit fortsetzten, dem Feind fürchterliche Schläge versetzt und nie dagewesene Siege auf dem gesamten südvietnamesischen Schlachtfeld errungen.

An der militärischen Front wurde eine grosse Zahl von Feinden vernichtet und desorganisiert, weite Gebiete wurden befreit. Die breiten Massen haben enthusiastisch die revolutionäre Staatsmacht errichtet und konsolidiert und befreite Gebiete aufgebaut. Dadurch fügten sie dem feindlichen "Befriedungs"programm in den ländlichen Gebieten schwere Rückschläge

zu, und Menschen aller gesellschaftlichen Schichten in Saigon und anderen Städten haben die amerikanische "Vietnamisierungs"-Politik verurteilt, den Abzug aller amerikanischen Truppen aus Südvietnam, den Rücktritt Van Thieus und die Bildung einer Regierung der nationalen Eintracht gefordert. Sie stellten sich gegen Nixons Kriegseskalation gegen Nordvietnam.

An der politischen und diplomatischen Front hat der 7-Punkte-Vorschlag der provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam, dessen zwei Hauptpunkte erläutert worden sind, das Programm der Unabhängigkeit und Freiheit hochgehalten, während er die Politik der nationalen Einheit widerspiegelt. Der 7-Punkte-Plan hat unsere Landsleute ermutigt und die Sympathie von grossen Teilen der Mittelschichten, darunter politische Gruppen und Parteien, Funktionäre und Soldaten des Saigoner Regimes, die Unabhängigkeit und nationale Einheit verlangen, gewonnen. Dadurch wurde die starrköpfige und kriegslüsterne Nguyen-Van-Thieu-Clique in eine nie dagewesene Isolation getrieben und die Widersprüche unter den amerikanischen Marionetten verschärft. Unser Standpunkt geniesst die aktive Unterstützung und den Beistand der Völker der Welt, einschliesslich der fortschrittlichen Menschen in den Vereinigten Staaten.

Die grossen und allseitigen Siege sind äusserst schwere Schläge gegen die Politik der Vietnamisierung des Krieges durch die Nixon-Clique. Sie haben äusserst schnell das Kräfteverhältnis zwischen uns und dem Feind verändert, die Gesamtheit der feindlichen Verteidigung erschüttert und ihre Positionen auf dem südvietnamesischen Schlachtfeld durcheinandergebracht. Diese Siege führten eine qualitative Veränderung der politischen Situation zugunsten unseres Volkes herbei.

Obwohl den amerikanischen Imperialisten schwere Niederlagen zugefügt wurden, hielten sie an ihrer verbrecherischen Politik fest und nahmen Zuflucht zu einem Bombenkrieg höchster Intensität und zum Massenmord. Je grösser die Niederlagen sind, die sie erleiden, desto faschistischer werden sie. Sie haben das Kriegsrecht verhängt, um die Unterdrückung der patriotischen und demokratischen Kräfte zu steigern. Sie haben tausende Menschen verhaftet, darunter viele Intellektuelle, Künstler, Studenten und Jornalisten. Sie versuchen ihr Äusserstes, Zwangsrekrutierungen und Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung durchzuführen. Sie nutzen die Kraft und Gesundheit des Volkes für einen Krieg gegen das Volk aus, um Vietnamesen gegen Vietnamesen kämpfen zu lassen. Um ihre kritische Situation zu verbessern und die Entschlossenheit unseres Volkes zu erschüttern, haben die amerikanischen Imperialisten rücksichtslos und tollwütig Nordvietnam bombardiert, darunter die dichtbevölkerten Gebiete von Haiphong und Hanoi. Unter Missachtung der elementarsten Prinzipien des Völkerrechts haben sie in überheblicher Weise die Häfen der demokratischen Republik Vietnam vermint. Sie sabotierten absichtlich die Pariser Konferenz und haben einen sogenannten Friedensplan, der an der Vietnamisierungspolitik festhält, ausgeheckt. Sie haben neue Anstrengungen unternommen, ihren Agenten Van Thieu an der Macht zu halten. Die wahnwitzigen Akte der USA-Imperialisten sind nur die verzweifelten Handlungen einer wilden Bestie in ihren Todeszuckungen.

Das vietnamesische Volk wird kämpfen, bis die amerikanischen Aggressoren nachgeben und das Marionettenregime gestürzt ist, damit das unverrückbare Ziel eines unabhängigen, demokratischen, friedlichen und neutralen Südvietnam und der Weg zu friedlicher Wiedervereinigung des Landes verwirklicht wird.

Das vietnamesische Volk soll die befreiten Gebiete intensiv aufbauen und konsolidieren, aktiv die politischen und bewaffneten Kräfte entwickeln, um das Kräfteverhältnis zwischen uns und dem Feind zu verändern, die Initiative in der Hand zu behalten, die amerikanische Vietnamisierungspolitik zu zerschlagen und den vollen Sieg zu erringen.

Der Rat der provisorischen Revolutionsregierung rief alle Kader, Kämpfer und Landsleute auf, von den neuen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, um das Banner der "Entschlossenheit, zu kämpfen und zu siegen", noch höher zu halten, die Einheit zu verstärken und die Wachsamkeit zu erhöhen. Sie wurden aufgerufen, ihren siegreichen Vormarsch fortzusetzen und ihre Offensive auf militärischem, politischen und diplomatischem Gebiet weiter zu verfolgen, entschlossen zu sein, das Komplott der Vietnamisierung zu zerschlagen, den brüderlichen Streitkräften und Völkern von Laos und Kambodscha zu helfen, um die amerikanischen Aggressoren und ihre Lakaien auf der indochinesischen Halbinsel zu vernichten und den vollen Sieg zu erringen. (gekürzte Übersetzung) ●



Leserbrief: Mörder als Gendarm

Die USA-Imperialisten haben sich die Rolle eines Weltgendarmen herausgenommen. Um sie aufrechthalten zu können, wollen sie nicht die Niederlage im Aggressionskrieg gegen Vietnam eingestehen, diesem Krieg ein Ende setzen und ihre Truppen aus Indochina abziehen. Sie fürchten, daß Vietnam ein Beispiel gibt, wie ein unterdrücktes Volk auch eine Supermacht besiegen kann. Denn ein augenscheinlicher Sieg des vietnamesischen Volkes würde vielen Völkern unter dem Joch der USA zeigen, daß die erste Militärmacht der Welt nicht allmächtig ist.

Deshalb versucht Nixon mit schönen Worten seine Aggressionspolitik in Vietnam zu rechtfertigen, um gefällige Reaktionen in allen Ländern für sich zu gewinnen und die Völker zu betrügen. So hört man immer wieder neue Märchen von einer "Aggression" seitens der Nordvietnamesen, die "keine Verträge" einhalten und überhaupt "die "größte Gefahr für den Weltfrieden" darstellen. Zu all diesen Lügen behauptet Nixon, daß seine Politik den "Frieden für eine Generation sicherstelle" und daß er für eine "stabile Weltordnung" kämpft. (Stabil soll nach seiner Vorstellung die Ausbeutung und Unterdrückung der Völker sein.)

Der Betrug mit der "Friedenspolitik" entlarvte sich schon oftmals. 1970, als amerikanische Truppen in Kambodscha einfielen, 1971 dann in Laos und in den letzten Wochen durch die stärksten Bombenangriffe gegen Nord- und Südvietnam, die jemals durchgeführt wurden. Wollten die Amerikaner wirklich den Frieden, dann würden sie ernsthafter in Paris verhandeln. Aber die Imperialisten haben bisher nie ernsthaft verhandelt und diese Verhandlung aus Propagandagründen oftmals mutwillig abgebrochen.

Le Duc Tho, der nordvietnamesische Delegationsleiter in Paris, hat oft betont, daß für beide Seiten der Weg der Verhandlungen der beste sei. Wenn aber die Amerikaner nur darauf aus sind, den Krieg durch ihre "Vietnamisierungspolitik" fortzusetzen, dann wird das vietnamesische Volk den Kampf mit unverminderter Härte bis zu seinem Sieg fortsetzen.

Das Argument, daß die DRV "Geheimverträge" gebrochen hat, ist völlig aus der Luft gegriffen. Im Jahre 1968 sagten die amerikanischen Vertreter Harriman und Vance die völlige Einstellung der Bombenangriffe und aller Handlungen zu, die die Souveränität Nordvietnams verletzen. Durch die neuerlichen Bombenangriffe und die Verminung der nordvietnamesischen Häfen haben die Amerikaner ihr Versprechen gebrochen.

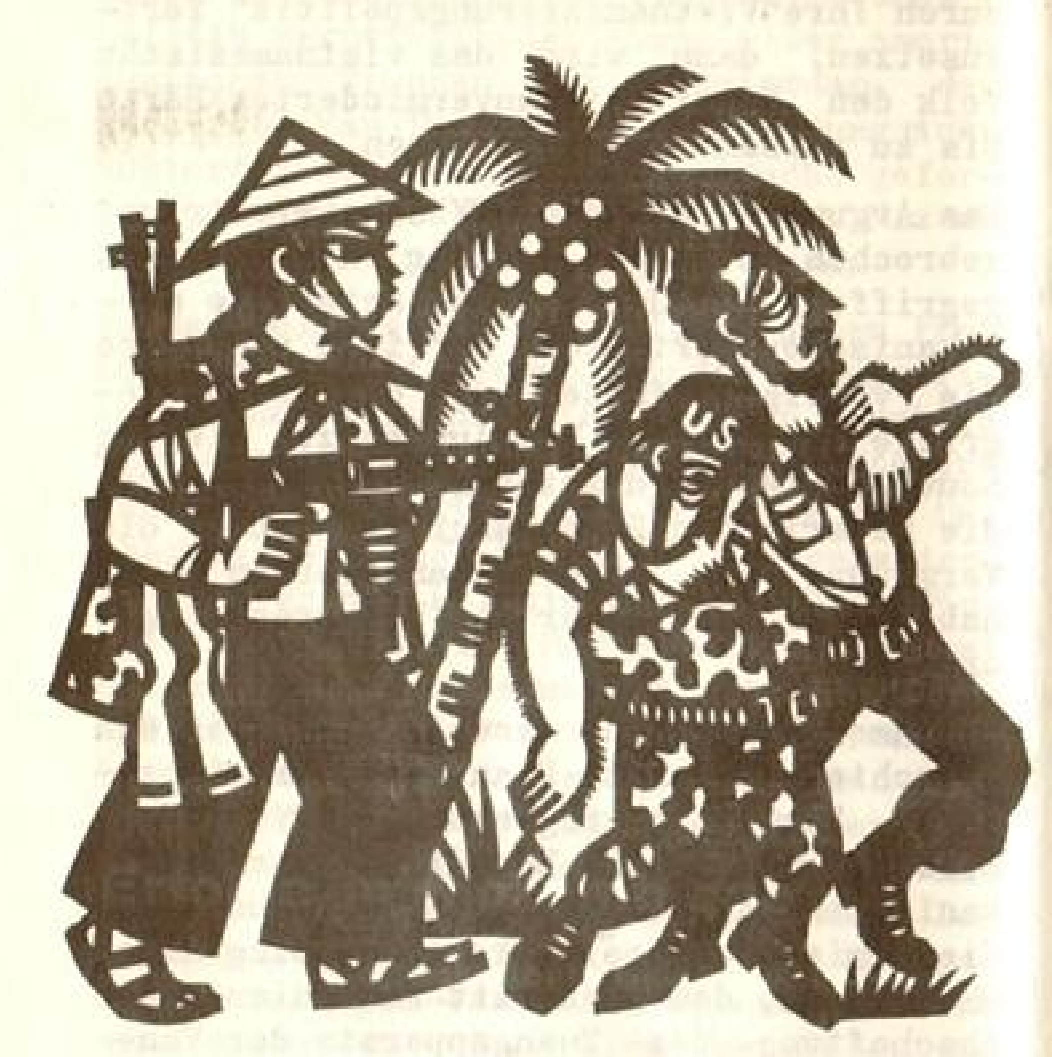
Die Amerikaner ignorieren auch völlig den gerechten 7-Punkte-Plan der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams. Dieser fordert die Beendigung der amerikanischen Aggression, Einstellung der Vietnamisierungspolitik, den Abzug aller US-Truppen, den Rücktritt Van Thieus, die Abschaffung des Zwangapparats der Van-Thieu-Clique, die Bildung einer Regierung der nationalen Eintracht, die Abhaltung demokratischer Wahlen für eine Regierung, welche eine Verfassung schaffen soll. Die USA haben keinerlei Recht, für die Einstellung der Kampfhandlungen einen Preis zu fordern.

Durch die neuerliche Ausweitung des Vietnamkrieges hat sich Nixon weiter in eine ausweglose Situation manövriert. Auch die Bombenangriffe auf die DRV und die russisch-amerikanische Allianz können den Sieg des vietnamesischen Volkes nicht aufhalten. Je mehr Nixon den Krieg verschärft, desto größer wird die Isolation der USA. Die Ausweitung der Bombenangriffe bis an die chinesische Grenze stellt eine ernste Kriegsprovokation gegen die Volksrepublik China dar. Die VR China Erklärung des Außenministeriums der VR China vom 12.6. stellt fest: "Das chinesische Volk betrachtet es als seine internationalistische Pflicht, das vietnamesische Volk in seinem Widerstandskrieg gegen die Aggression zur Rettung des Vaterlands zu unterstützen..."

Der amerikanische Imperialismus sollte wissen, daß das vietnamesische Volk und die anderen Völker Indochinas in ihrem Kampf nicht allein stehen. Je länger er seinen Aggressionskrieg fortsetzt, desto schärfer und entschiedener müssen wir ihn weltweit bekämpfen.

P. W., Wien

Verstärkter Freiheitskampf in Asien und Afrika



Guerillakrieg in Thailand

Seit Mai verstärken die patriotische Armee und die Bevölkerung die fortgesetzten Angriffe gegen die reaktionären Truppen und die Polizei an den verschiedensten Stellen, wobei sie äußerst erfolgreich waren.

Das reaktionäre Regime hatte in den Kreis Bua (Nordthailand) Truppenverstärkungen entsandt, um die dortige Bevölkerung zu unterdrücken. Diese Truppen wurden wiederholt aus dem Hinterland angegriffen und ihnen durch Minenkriegsführung schwere Verluste zugefügt. Dabei wurden 14 Mann des Feindes getötet und 30 verwundet.

Im Nordosten Thailands und im Süden griffen die patriotischen Streitkräfte mehrmals aus dem Hinterhalt feindliche "Dorfwachen" und Polizei an, dabei töteten und verwundeten sie einige Dutzende Feinde.

Erfolge in Mozambique ...

In einem von der Befreiungsfront von Mozambique am 30. Mai veröffentlichten Kommunique heißt es: In den vergangenen vier Monaten wurden 40 Mann portugiesischer Kolonialtruppen von den patriotischen Streitkräften im Kampf in der Provinz Niassa vernichtet, ein feindliches Flugzeug abgeschossen und ein weiteres am Boden zerstört sowie sechs feindliche Militärfahrzeuge in die Luft gesprengt. Bei Angriffen der Partisanen gegen feindliche Stellungen wurden dem Gegner schwere Verluste zugefügt.

In der Provinz Cabo Delgado (Nordmozambique) wurden in einer Reihe von Gefechten 90 Mann der portugiesischen Kolonialtruppen vernichtet. Dabei wurden sechs feindliche Militärfahrzeuge zerstört und eine große Menge von Waffen und Munition erbeutet.

... und in Guinea (Bissau)

Patriotische Streitkräfte fügen den portugiesischen Truppen schwere Verluste zu.

Im April führten die Volksstreitkräfte 66 Angriffe gegen die portugiesischen Kolonialtruppen durch und fügten ihnen schwere Verluste zu. Die Angriffe konzentrierten sich auf Mausoa, Boloma und andere Garnisonsstädte des Feindes. Auf den Heeresstraßen von Saltino nach Kirafo und von Xime nach Bambadinca wurden die gegnerischen Truppen oftmals in Hinterhalte gelockt und angegriffen.

Während dieser Zeit wurden 63 feindliche Soldaten getötet, 14 Militärfahrzeuge einschließlich zweier Panzer zerstört und zwei Schiffe des Gegners versenkt.

VR Kongo (Brazzaville)

In einem Kommunique gab das Kommando der Kongolesischen Nationalen Volksarmee den Abschuß eines angreifenden portugiesischen Hubschraubers bekannt. Die Verletzung des kongolesischen Luftraums wurde schärfstens verurteilt und weiter erklärt, daß die Volksrepublik Kongo - wie seit jeher - entschlossen ist, die Befreiungskämpfer in Angola, Bissau, Mozambique usw. in ihrem heldenhaften Kampf gegen die portugiesischen Kolonialisten bis zum endgültigen Sieg zu unterstützen.

Südafrika: Demonstrationen gegen die Rassendiskriminierung

Am 5. Juni demonstrierten in Kapstadt 10.000 Menschen gegen die Politik der Rassendiskriminierung, die vom Südafrikanischen Rassistenregime verfolgt wird, und gegen die Polizeibrutalität. Ähnliche Demonstrationen wurden am selben Tag in Johannesburg und anderen Orten veranstaltet.

Kapstädtische Studenten demonstrierten am 2. Juni vor dem Rathaus gegen die Apartheid-Politik des Regimes. In ihrer Kundgebung drückten sie auch ihre Solitarität mit dem Streik der schwarzen Studenten in Durban, der eine Woche lang durchgeführt wurde, aus.

Die Polizei schritt zu blutigen Unterdrückungsmaßnahmen, was verstärkte Protestaktionen der Studenten hervorrief.

Bei der Demonstration am Nachmittag des 5. Juni mißachteten nahezu 10.000 Menschen, meist Studenten der Universität Kapstadt, ein am selben Tag verhängtes Versammlungsverbot und veranstalteten eine Protestkundgebung vor der St.Georgs-Kathedrale. Die Demonstration stand im Zeichen der Losung: "Wir fordern das Recht des Gesetzlichen Protests", die auf einem riesigen Transparent mitgeführt wurde.

Die südafrikanische Regierung entsandte 400 Polizisten, um die Demonstranten auseinanderzutreiben. Mehr als 40 Demonstranten wurden verhaftet.

Die sich zwischen dem 2. und 8. Juni über mehrere Tage hinziehenden Demonstrationen der Studenten und die brutalen Unterdrückungsmethoden der Polizei dagegen, lösten in anderen Teilen Südafrikas Solidaritätsaktionen aus. Professoren, Vortragende und Mitglieder des Lehrkörpers erklärten ihre Unterstützung für die gerechten Forderungen der Studenten.

Studenten der Universitäten von Hull, New Plymouth, Edinbourgh, und Swansea in England telegraphierten ihre Unterstützung für den gerechten Kampf der südafrikanischen Studenten.

Streik in England, Frankreich – und Österreich

Solidarität gegen Klassenjustiz

In England sollten drei Betriebsräte der Hafenarbeiter wegen "Organisierung" eines Streiks eingesperrt werden. Bekanntlich ließ die Regierung Heath ein Anti-Streik-Gesetz beschließen mit dem Ziel, die ständigen Streikkämpfe der englischen Arbeiter zu unterbinden. Wie die Tatsachen beweisen, war dieser Versuch vergeblich. Mit machtvollen Streiks um Lohnerhöhungen beantworten die englischen Arbeiter die ständigen Preiserhöhungen, Antreiberei- und Unterdrückungsmaßnahmen.

An den drei Betriebsräten sollte nun ein Exempel statuiert werden. Unter der Drohung eines Solidaritätsstreiks von mehr als 40.000 Hafenarbeitern mußte die Verurteilung der Betriebsräte zurückgenommen werden.

Die Mädchen von Thionville

Überall wo arbeitende Menschen ausgebeutet werden, sind es die Frauen um einige wesentliche Grade mehr. Zu den ausgebeutetsten Schichten der Frauen gehören wohl überall die Verkäuferinnen. Um einen elenden Lohn müssen sie schwere Arbeit verrichten und werden meist noch von den Firmeninhabern bzw. den Firmenleitungen wie Sklavinnen behandelt.

So war es auch in einem Großkaufhaus in der ostfranzösischen Stadt THIONVILLE. Die Bezahlung und das sogenannte Betriebsklima in diesem Kaufhaus war so arg, daß den Verkäuferinnen, die keineswegs gewerkschaftlich oder politisch klassenkämpferisch eingestellt waren, schließlich der Hut hochging, sie traten einer Gewerkschaft bei und ersuchten die Funktionäre um Hilfe. Diese sprachen zwar große Worte, rieten aber den Verkäuferinnen - zumeist Mädel zwischen 18 und 25 Jahren - sich mit kleinen Konzessionen des Unternehmers zu begnügen. Da kamen aber die Bonzen schön an bei den erbitterten Mädeln. Sie erklärten sich mit dem Kuhhandel nicht einverstanden und traten kurz entschlossen in den Streik. Mit Hilfe revolutionärer Gruppen gelang es ihnen unter der Arbeiterkundschaft des Kaufhauses ein Streikunterstützungskomitee zu organisieren, das nicht nur die schöne Summe von 140.000 Francs (etwa 700.000 Schilling)

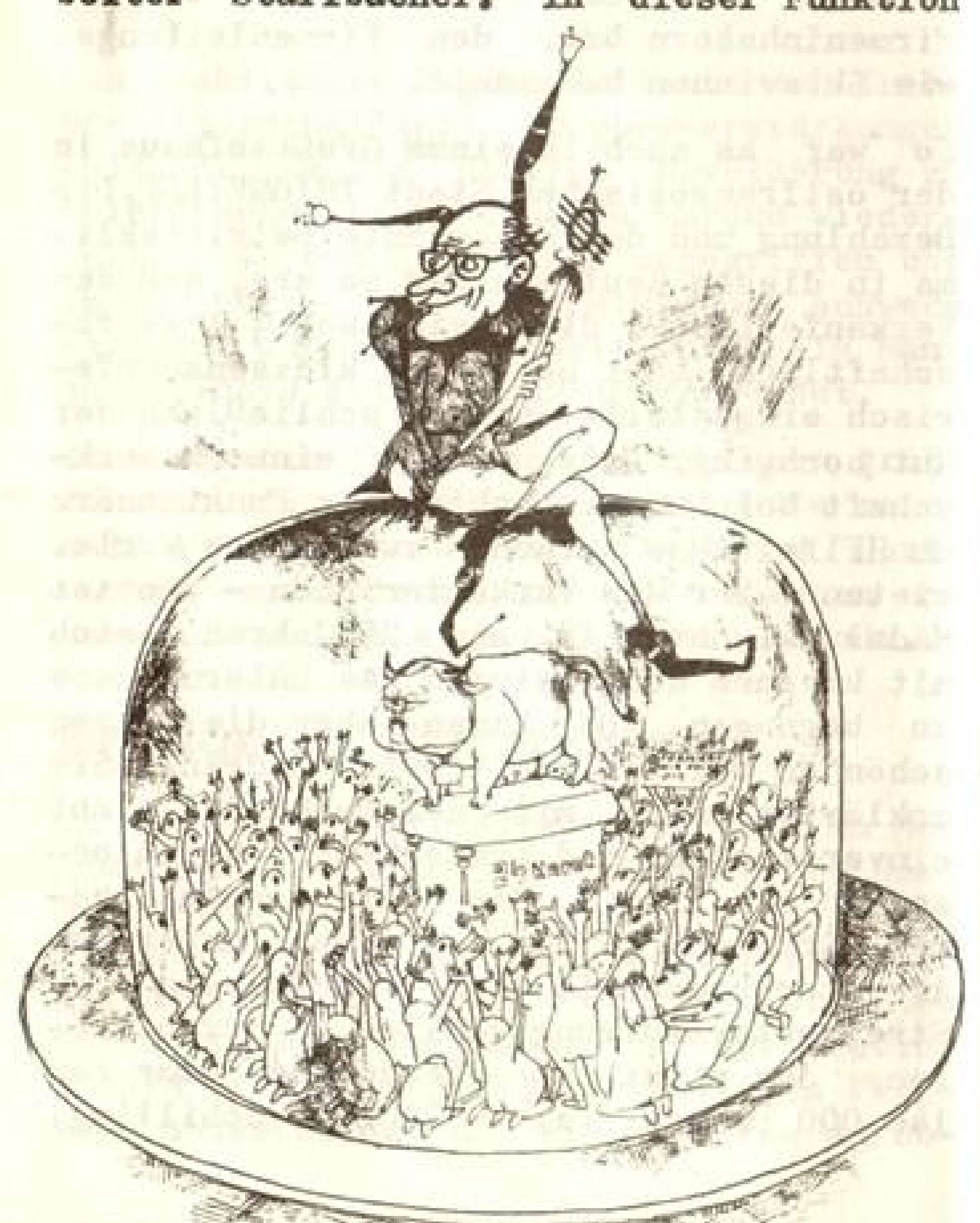
für den Streikfonds sammelte, sondern ihnen auch beim Streikpostenstehen half! So führten die Verkäuferinnen 69(!) Tage einen Streikkampf zum Schrecken und Erstaunen nicht nur der Firmenleitung, sondern auch der Gewerkschaftsbonzen, die ihre üblichen Normen der Packelei über den Haufen geworfen sahen.

Es versteht sich fast von selbst, daß die Bewunderung und Sympathie für die kämpfenden Verkäuferinnen in der arbeitenden Bevölkerung der Stadt immer mehr wuchs. Der hartnäckige, durch nichts zu brechende Kampfwille brachte ihnen, wenn auch nicht den hundertprozentigen Sieg, jedoch die Erfüllung eines wesentlichen Teils ihrer Forderungen.

Am Tage der Wiederaufnahme der Arbeit zogen sie geschlossen in die Bude ein, die "Internationale" singend... Bravo, Mädels von Thionville, ihr seid ein Beispiel, wie man es machen soll, für alle Frauen, die ausgebeutet werden, überall in der Welt - natürlich auch bei uns in Österreich!

Merkwürdige „Arbeiterführer"

Weil es für den eigenen Geldsack äußerst günstig ist, haben sich einige unserer Gewerkschaftsvorsitzenden nach dem SP-Wahlsieg um hohe Regierungsposten umgeschaut. Einer dieser Herren ist der Vorsitzende der Lebens- und Genußmittelarbeiter Staribacher. In dieser Funktion "vertritt" er die Interessen der darin organisierten Arbeiter, als Handelsminister noch mehr Interessen, nämlich die des gesamten Volkes. (Da soll noch einer sagen, es wird für unser Geld nichts geleistet.)



Bekanntlich haben unsere "Arbeiterführer" aber ihre eigenen Vorstellungen. Sie wissen z.B. viel besser als wir selbst, ob es uns gut oder schlecht geht, ob wir eine Lohnerhöhung brauchen oder nicht. Und so wissen sie, daß es uns sowieso gut genug geht und Lohnerhöhungen fast unnötig sind. Und sie werden äußerst "ungemütlich", wenn ihnen das nicht abgenommen wird und ganz besonders dann, wenn die Arbeiter gar zur Waffe des Streiks greifen, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Die Saline-Arbeiter wollten das. Da sind sie aber beim "Gewerkschaftsführer" Staribacher schlecht angekommen. Sofort den Streik beenden, verlangte er, oder die Betriebsräte hätten die Verantwortung für eventuelle Produktionsausfälle zu tragen, wußte singemäß die "Volksstimme" zu berichten. Ob die Saline-Betriebsräte bei ihrer Aussprache mit Vorsitzenden und Minister Staribacher vielleicht darauf verwiesen haben, wie saftig Minister und Abgeordnete ihre Bezüge im Zuge der künftigen Besteuerung "hinaufgeregelt" haben, sie dagegen eigentlich viel weniger forderten, ist nicht bekannt. Jedenfalls war er verstimmt und reagierte entsprechend. Da aber unsere "Vertreter" genug abgebrüht sind und derlei Vorwürfe ohne mit der Wimper zu zucken verdauen, wird es wohl der Streik gewesen sein, der Staribachers Laune so sehr trübte. Und das müßte für viele eine Lehre sein, die diesen Herrschaften noch auf den Leim gehen.

Der tiefere Sinn liegt aber auf einer anderen Ebene, wenn die "Volksstimme"-Mitteilung stimmt. In anderen Ländern schafft man Anti-Streik-Gesetze, um die Arbeiter einzuschüchtern und vom gerechten Kampf abzuhalten. In "unserer Demokratie" brauchen wir das nicht, da kann man das entsprechende schon bei einer Aussprache in der Gewerkschaft zu hören bekommen. Und diese Lehre ist noch bedeutungsvoller.

Und die Moral von der Geschicht'? In England und in Frankreich zwingen Arbeiter und Arbeiterinnen die Konservativen zum Nachgeben. In Österreich aber droht ein „sozialistischer" Minister den Streikenden, damit nur ja nicht der Quargelsturz gelüftet wird, unter dem Regierungspartei und Kapitalisten das goldene Kalb anbeten.



Es klingt wie eine erfundene Raubersgschicht. Aber es hat sich tatsächlich ereignet:

Was macht ein Polizist, der sich bei seinem Vorgesetzten einhauen will? Ganz einfach, er haut einen Demonstranten. Was macht der Polizist aber, wenn er keinen Demonstranten zur Hand hat? Nun, dann sitzt er mit seinen Kollegen im Streifenwagen, kurvt langsam durch die Wienerstadt und sucht geschulten Blicks nach den Verbrechern, die sich sonst noch in so einer Großstadt herumtreiben: nach Einbrechern, Kinderverzahrern, Tschuschn, Autofahrern und Fußgehern. Wenn unser Polizist jetzt noch a bisserl a Glück hat — und Glück hat auf die Dauer eben nur der Tüchtige —, dann kriegt er per Funk die Meldung einer aufgeregten Passantin, die soeben einen Mann beobachtet hat, der ein Mädchen in einen Hausflur zerrte. A Kinderverzahrer! Also drauf aufs Gas, Blaulicht, Folgetonhorn, nix wie hin zum Tatort. Dort wartet sie schon, die aufgeregte Passantin. Während sie nochmals ihre Beobachtung mit all den schrecklichen Einzelheiten herunterhaspelt, kommt aus dem angegebenen Hausflur — tja, die tüchtigen Sicherheitswachebeamten haben wirklich Glück — ein Mann. „Das ist er!" sagt die Passantin. Der Kinderverzahrer nämlich.

Unter den flaschengrünen Tellerkappen beginnen die kriminalistisch ausgebildeten Beamtengehirne sofort zu kombinieren. Kühl, überlegen, methodisch ziehen sie ihre Schlüsse: Aha, der Kerl durt is also der Gsuachte. Er hat des Madl ins Haus einizahlt, aber jetzt kummt er ohne Madl wieder ausse. Des haaßt, daß er des Kind bereits geschändet hat. Oder gar derwürgt. Oder beides. Und die Leich hat er vielleicht schon im Keller eingrabn. Na wart, Pülcher, jetzt hamma di, jetzt kummst uns nimmer aus! Stahlharte, durchtrainierte Polizistenfäuste packen den Verdächtigen, das erste Verhör beginnt gleich an Ort und Stelle. „Wo is des Kind? Hast es umbracht, gesteh!" Der Mann tut natürlich, als sei er unschuldig, als wisse er nicht, was es geschlagen hat. Apropos, geschlagen hat. Patsch, da hast eine, wennst dich so blöd stellst. „A Geständnis is a Milderungsgrund!" Aber der Sittenstrolch gesteht net, er will was erklären. Nix da, erklären kannst später, bei Gericht, jetzt sagst uns, wo das Madl hinkommen is. „Wo is das Opfer?" Patsch. Der verdammte Lustmörder duckt sich, hält die Arme schützend vors Gesicht, offenbar will er die Watschenannahme verweigern — das ist ja fast schon ein 81er! Patsch, patsch . . .

Nachdem die tüchtigen Ordnungshüter den Mann dann tüchtig zusammengeschlagen und die Feuerwehr verständigt hatten (welche vergebens nach dem Mordopfer suchte), stellte sich heraus, daß der 42jährige Arbeiter Willibald M. kein Lustmörder, sondern ein harmloser Vater ist, der seine widerspenstige 12jährige Tochter ins Haus gezerrt hatte.

Daß der Fall Willibald M. kein Einzelfall ist, das wissen wir wohl alle, denn auf dem Salzburger Flugplatz haben die Polizisten ja ebenfalls mit sichtlichem Genuß auf angebliche Gesetzesbrecher eingeschlagen. Auffallend ist überdies, daß die Beamten der Exekutive so häufig in Bluttaten verwickelt sind. Aus dem überreichen Angebot der letzten Wochen seien wahllos zwei Beispiele herausgegriffen: 1. Ein Polizist ertappt einen halbwüchsigen Einbrecher. Anstatt den Burschen festzunehmen, erschießt er ihn. In „Notwehr", versteht sich. 2. Ein niederösterreichischer Gendarm, der öfter betrunken ist, streitet häufig mit seinem Sohn, der gleichfalls öfter betrunken ist. Der Sohn stirbt an einem Bauchschuß. „Es war Selbstmord", sagt der Gendarm. Und andere Tatzeugen gibt es nicht.

Also, entweder rekrutieren sich die Ordnungshüter des bürgerlichen Staates aus, sagen wir's vorsichtig, einem geistig-seelisch etwas angeknacksten Bewerberkreis — oder es werden die Beamten von gewissen Vorgesetzten zu einer Folterknecht-und-Henker-Ideologie ermuntert. Jeder Staat hat nämlich die Polizisten, die er verdient; und auf die Polizisten der Republik Österreich kann der Vater Staat stolz sein.

Die Pseudo-Revolutionäre sind unterwegs

Die Praxis der Arbeiterverräter ist immer die gleiche. Ein Sortiment von revolutionären Phrasen wird aufgetischt, die "Gläubigen" sollen schlucken und brav mitmachen, was verlangt wird. Selbständiges Denken ist verpönt und wird als irgendein "ismus" abgetan. Bei jungen Menschen läßt man sich die Phraseologie besonders angetan sein, hofft man doch, die Unerfahrenheit dieser Menschen ausnützen und ihren revolutionären Tatendrang für die eigenen Interessen einspannen zu können.

Haben auf diesem Gebiet die verräterischen Führer der diversen "sozialdemokratischen Parteien" jahrzehntelang ihr Unwesen getrieben, gesellten sich nun zu ihnen die Führer der diversen "kommunistischen" Parteien.

Der heldenhafte Befreiungskampf der indochinesischen Völker war immer so recht nach ihrem Geschmack, um sich als "Revolutionäre" aufzuspielen. Die Solidarität der arbeitenden Menschen und unterdrückten Völker mit diesem Kampf war weltweit der Boden, auf dem man krebsen gehen konnte. Heute setzt sich gegenüber den heuchlerischen Phrasen dieser Arbeiterverräter in den Hirnen der Menschen immer mehr die richtige Erkenntnis durch, daß der Vietnamkrieg den Sozialimperialisten in Moskau nur ein willkommenes Schacherobjekt ist bei ihren Weltherrschaftsplänen. Daß alles, was als "brüderliche Hilfe" angepriesen wird, nur der direkten Einflussnahme auf die Politik der kämpfenden Völker dienen soll, die man lenken können will, wie es gerade gebraucht wird.

Viel deutlicher noch zeigt sich diese Rolle im Nahen Osten. Dort legten sich Sozialimperialisten und ihre Papageien überhaupt keinen Zwang mehr auf. In ihrer Politik gegenüber den arabischen Ländern ist es direkt zum Greifen, daß alles, was als "sozialistische"- oder "Friedens"-Politik bezeichnet wird, nichts anderes als vollkommener Neokolonialismus ist; daß dort der berechtigte Kampf der Palästinenser zur Rückgewinnung ihrer Heimat nur im Konkurrenzkampf der russischen Sozialimperialisten um Bodenschätze und strategische Militärstützpunkte gegen ihre Rivalen in den USA ausgenützt werden soll.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel: Wie haben doch die "K"PÖ-Führer das Maul aufgerissen, um die indische Aggression gegen Pakistan als "Befreiungskampf des Volkes von Bangla Desh" zu deklarieren? Heute wird geschwiegen darüber, daß in Ostpakistan der Kampf des Volkes gegen die neuen Machthaber weitergeht, weil dieses nun erkennt, für welchen betrügerischen Zweck es mißbraucht wurde. Heute sprechen die revisionistischen Verräter frech von "neuen Realitäten", die man "anerkennen" müsse betreffs Kaschmir und der von Indien besetzten Gebiete Pakistans. Diesen "neuen Realitäten" zufolge kommt jetzt in Kaschmir keineswegs mehr die beschlossene Volksabstimmung über die Zukunft Kaschmirs zustande. Ganz einfach deshalb nicht, weil sonst die Inder wieder abziehen müßten, weil das Volk von ihnen nichts wissen will. All die "revolutionäre" Phraseologie der Handlanger der Moskauer Auftraggeber in der "K"PÖ-Führung hat nur den Zweck, zu vertuschen, daß dieses Gebiet in die Angriffspläne der russischen Sozialimperialisten gegen das sozialistische China eingebaut wird.

Ob es nun der "friedliche Weg zum Sozialismus" in Chile ist, auf dem "kommunistische" Gouverneure in Arbeiterdemonstrationen schießen lassen, oder ob der "Sozialismus in der CSSR" durch Truppeneinmarsch "gesichert" wird (wobei die konterrevolutionäre Politik Dubceks weitergeht, allerdings von moskauhörigen Bonzen), die Phrasen lassen sich von denkenden Menschen leicht durchschauen.

Diese Phrasen zu durchschauen ist besonders für junge Menschen wichtig. Denn nur zu oft schon war die Reaktion so, daß nach jahrelanger opfervoller Aktivität, die Erkenntnis des Verrats der Führer, ehrliche revolutionäre Kämpfer resignieren ließ oder sogar ins Lager des Gegners trieb.

Der Fall der diskriminierten Betriebsräte der ELIN Daubrawa und Döltl ist bezeichnend. Ehrliche Kämpfer für die Interessen der Arbeiterschaft bleiben als Opfer auf der Strecke einer Politik der Führung, die für die Arbeiter nicht zielführend ist, vom Klassenfeind sogar noch gefördert wird. Solche Fälle sind willkommener Aufputz des "revolutionären Image" und zur Propaganda gut zu gebrauchen. Die tatsächlich durchgeführte Politik der "Mitbestimmung", des "Ausbaus der demokratischen Errungenschaften" und was so noch alles an konterrevolutionärem Gedankengut in den Leitlinien des "friedlichen Weges zum Sozialismus in Österreich" der "K"PÖ verzapft wird, verhindert aber jede klassenbewußte kämpferische Solidaritätsaktion aus den Reihen der Arbeiterschaft.

Die Verratspolitik an der Arbeiterklasse hat ein Otto Bauer viel besser als ein Muhri oder Scharf betrieben; weil wir die Folgen zu tragen haben, müssen wir so eine Politik durchschauen, entlarven und bekämpfen. Klassenbewußte junge Menschen, die ehrlichen revolutionären Kampf führen wollen, müssen eines wissen: Es gibt keinen Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus ohne Kampf gegen Reformismus und Revisionismus.



Leserbrief: Unnütze Prügelei

In Nr. 31 veröffentlicht ihr einen Leserbrief zum Thema Salzburg. Ich möchte meine Gedanken im Zusammenhang mit folgender Stelle erläutern: "... Daß es in der Praxis kaum zu einer Verteidigung seitens der Demonstranten kam, liegt auch daran, daß für viele das erste Erleben entmenschtlicher Horden überwältigend ist, weil man selbst andere Formen zwischenmenschlicher Beziehungen praktiziert,"...

Erstens: Dieser sicherlich auf einen Großteil der Demonstranten zutreffende Gedankengang beweist in seiner Freimütigkeit, wie unnötig das brutale Vorgehen der Polizei war, Was diese Menschen wollten, war lediglich gegenüber Nixon ihre Meinung zu demonstrieren. Sie wären meiner Ansicht nach zufrieden gewesen, wenn der US-Präsident durch ein Spalier von "Mörder"- und "Pfui"-Rufern zum Auto hätte gehen müssen. Eine hysterische Polizei ließ nicht einmal diese naive Auslegung über unsere "Demokratie" zu. Für den Teil der Demonstranten, der solche klassenkämpferischen Erfahrungen noch nicht hat - sich daher noch Illusionen über die bürgerliche Demokratie macht - kann das eine wertvolle Lehre sein.

Zweitens: Da mußte die Polizei zugeben, daß die Maschine Nixons nach München umgedreht hätte, wenn das Flugfeld nicht innerhalb von zehn Minuten geräumt gewesen wäre. Das heißt, es war sozusagen schon für eine Ausweichmöglichkeit gesorgt, wenn "etwas schief gehen sollte". Gibt es einen besseren Beweis für den Papiertiger-Charakter dieser Reaktionäre, wenn sie sogar in Österreich mit solchen "Eventualitäten" gerechnet haben, wo doch die revolutionäre Bewegung noch sehr klein ist? Diese ihre Angst sollte uns Kraft und Mut geben. Aber auch wir sollten daraus eine Lehre ziehen. Wenn sie mit etwas "rechnen", warum "enttäuschen" wir sie durch schlechte Vorbereitung?

F. Z., NÖ



Leserbrief: Mach mal keine Pause

Eure Salzburg-Analyse in "Rote Garde" 31 findet meine Zustimmung. Ich glaube, daß jetzt aber keine "Ruhepause" eintreten soll bei Solidaritätsaktionen und Aufklärungskampagnen, wie es früher der Fall gewesen ist. Denn die amerikanischen Gangster müssen überall in der Welt spüren, daß sie bekämpft werden, früher werden sie ihre Aggression nicht beenden. Gegen die massenmörderischen Gewaltakte wenden sich ja immer mehr ehrliche Menschen ohne Unterschied der politischen Anschauung, deshalb sind nun auch die Aussichten für eine gemeinsame Plattform viel besser.

Da es nach der Salzburger Demonstration in unserem Betrieb zahlreiche Diskussionen gab - einige waren dabei - wurde die Initiative zu einer Veranstaltung ergriffen, die nicht schlecht besucht war. Das Endergebnis war, daß im Betrieb eine ständige Solidaritätskampagne für Vietnam ins Leben gerufen wurde, die auch auf andere Betriebe ausgedehnt werden soll. Solche kleine "Vietnam-Komitees" sollten auch in anderen Betrieben ins Leben gerufen werden.

W.J., Wien